



PRESSEMITTEILUNG

Verbände fordern Erhalt des Verbots von Untereinstandspreisen

Düsseldorf, 20. November 2006 - In einer gemeinsamen Presseerklärung haben sich der Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi), der Bund Freier Tankstellen (bft), der Handelsverband Musik und Medien (HAMM), der Gesamtverband Deutscher Musikfachgeschäfte (GDM) sowie der IVD am Montag gegen den Vorschlag der Monopolkommission ausgesprochen, das Verbot von Verkäufen unter Einstandspreis abzuschaffen.

Eine derartige Neuregelung sei insbesondere für den Mittelstand und die Dienstleistungswirtschaft mit erheblichem Schaden und Wettbewerbsnachteilen verbunden. Statt einer Aufhebung des Verbotes forderten die Verbände die Bundesregierung dazu auf, die bisherigen Regelungen zu stärken und praktikabler zu gestalten. Hierzu müsste eine Beweislastumkehr nach Vorbild des österreichischen Kartellgesetzes geschaffen und zugleich die konzerninternen Verrechnungsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Der vollständige Wortlaut der Erklärung, die seitens des BDWi am Montag auch im Rahmen einer Anhörung vor der Monopolkommission des Bundeswirtschaftsministeriums vorgetragen wurde, ist im „Presse“-Bereich unter www.ivd-online.de nachlesbar.

Für Rückfragen und weitere Informationen:

Interessenverband des Video- und Medienfachhandels in Deutschland e.V.
Jörg Weinrich
Geschäftsführender Vorstand
Tel.: 0211 / 577 390-0
Fax: 0211 / 577 390.69
e-Mail: ivd@ivd-online.de